

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
12 (1898)**

23 (28.1.1898)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-249500](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-249500)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage: „Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat (incl. Belegblätter) 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitung Nr. 3082) vierteljährlich 2,10 M., für 6 Monate 1,40 M., monatlich 70 Pfg. excl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition:
Hant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon - Anschluss Nr. 58.

Inserate werden die fünfspaltige Corpusspalte oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 12 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Höhere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 23.

Samstag, Freitag den 28. Januar 1898.

12. Jahrgang.

Hohe Politik vor der Budgetkommission.

Die Kommissionen des Reichstages sind gegenwärtig in emsiger Thätigkeit. Um ihre Arbeiten möglichst zu fördern, beginnen die Plenarsitzungen regelmäßig eine Stunde früher als gewöhnlich. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich, abgesehen von den Arbeiten der Militärstrafprozeßkommissionen vornehmlich auf die Thätigkeit der Budgetkommission. Gegenwärtig sind es hochpolitische Fragen, über die dort verhandelt wird. Natürlich kann durch diese Kommissionenberatungen, worüber naturgemäß nur lückenhafte Berichte hinausdringen, die öffentliche Betätigung im Plenum nicht überflüssig gemacht werden, im Gegenteil, daß das Volk hat ein Recht darauf, in aller Genauigkeit zu erfahren, was in den Rängen der Diplomatie zusammengebräut wird, und seine Vertretung ist nach unserem Geschnack viel zu geduldig. Sie hätte schon längst durch eine Interpellation darauf dringen sollen, daß der Schleiher über Verhandlungen geläufig wird, für deren Ergebnis das Volk mit Gut und Blut haften muß.

Kürzlich trat im Reichstagsklub ein Abgeordneter auf einen anderen Volksvertreter zu, in der linken hoch erhabenen Hand hält er ein Fünfpennigstück, mit der rechten Hand riß er feinem Kollegen die goldene Uhr samt Kette aus der Weste und sagte dabei freundlich lächelnd: „Ich packte diese Uhr und Kette auf 99 Jahre für fünf Pfennige“ und wie zur Begründung setzte er hinzu: „Das ist jetzt das Neuse.“ Der andere verstand den Späß.

Nun, etwas theurer als fünf Pfennige wird dem deutschen Volke die Forderung der Kiao-Tschau-Bucht zu stehen kommen. Ueber die Höhe der Buchtsumme steht Bestimmtes noch nicht fest. Zwar wurde in der Kommission von verschiedenen Seiten gefragt, welchen finanziellen Effekt die ozeanische Ausdehnung haben würde, aber eine finanzielle Aufzählung des Staatssekretärs von Bülow unterließ, weil sich sein Kollege vom Reichsfinanzamt hierzu entfernt hatte. Öffentlich bedeutet das keine Verheißung der Auszählung überhaupt und öffentlich bringen die nächsten Tage schon schätzenswerte Daten, auf deren Vorlegung entscheidendes Gewicht gelegt werden muß.

Herr von Bülow entwarf ein tolg gefärbtes Bild über die gewinnbringenden Aussichten, die durch die Besetzung der Kiao-Tschau-Bucht für Deutschland eröffnet würden. Ein Eldorado sei es freilich nicht. Ein Eldorado sind bekanntlich auch die von uns in Besitz genommenen

afrikanischen Klänge nicht. Aber im Gegensatz zu diesen sind die klimatischen und gesundheitlichen Verhältnisse in China so günstig, daß unsern Kapitalisten dringend die Eröffnung von Luftkurorten und Sommerresidenzen anzuurathen ist.

Von Getreidearten wird Weizen und Gerste dort gebaut. Da die Gegend aber dicht bevölkert ist und bei der zurückgebliebenen Bewirtschaftung ist die Möglichkeit eines Getreide-Exportes für den Augenblick noch nicht gegeben.

Der Boden ist also fruchtbar, das Heimatgefühl unserer ufermännlichen Agrarier wird es angenehm berührt haben, daß aus Kiefernbeständen in Kiao-Tschau anzutreffen sind, ebenso angenehm wird unsern ostelbischen Konkurrenzneidigen Junkern die Mitteilung gewesen sein, daß vorläufig noch keine Getreideinfuhr in Sicht ist. Wahre und große Stottenbegeisterung werden aber in der Brust jedes profitwärtigen Unternehmers die tolgsten Aussichten erweckt haben, die Staatssekretär v. Bülow der Judentrie eröffnete. Rohenlager sind in der Nähe und, was die Hauptsache ist, die Bevölkerung ist zahlreich, sehr genügsam und arbeitswilling. Mein Herr, was willst Du noch mehr? Daß die Bewohner der Provinz Schantung schmächtig sind wie alle Chinesen, wird ihre Verwendung im Dienste des Kapitals sicher nicht hindern. Schmächtiger als unsere deutschen Unternehmer können ja unsere neuen gelben Brüder auch nicht sein.

Das wären die wichtigsten Mittheilungen, die in einer Denkschrift demnach noch näher ausgeführt werden sollen. Der Vorlaut des Pachtvertrages ist auch dem Staatssekretär noch nicht bekannt, der Leiter des Auswärtigen Amtes ist bisher noch auf den kurzen Anknag angewiesen, der ihm telegraphisch von Peking übermittelt worden ist. Für die Ermordung der Missionare wird von der chinesischen Regierung die übliche Entschädigung bezahlt, die schuldigen Beamten sind verurteilt oder bestraft worden, die Thäter selbst verfolgt worden. China ist außerordentlich gehalten worden, drei Sühntugenden zu errichten. Mit Berlin kann es ja noch lange nicht mit, aber Herr v. Strödel wird sicher seine Freude haben, wenn es sich auch um die katholischen Brüder handelt. Die Befreiung der Chinesen wird jedenfalls mit Nachdruck gefördert werden. Die Missionare erhalten außer den Kirchen noch sieben geschützte Wohnhäuser, deren Baukosten gleichfalls von der chinesischen Regierung zum Hauptteil abgenommen werden. Ein Geheimrath von Schwarzrücken wird also versuchen, die philosophischen Befenner des Confucius in den Schloß der allein schuldigmachenden Kirche zu führen.

lassen eine Redner, der an den Erfolg gewöhnt ist.

Zunächst nimmt der Anwalt der Kläger das Wort. Herrier geht in seiner Beudung aller rhetorischen Kunstgriffe so weit, daß er sich sogar von aller Bedenklichkeit fernhält. Seine Rede ist nüchtern, ernst und kalt. Er berichtet gewissenhaft die Geschichte der Gesellschaft. Er verweist auf die Unregelmäßigkeiten, die sie von ihrem ersten Auftreten an forumpirt haben, giebt die Ziffern und Daten, auf die sich die Sorglosigkeit oder besser vielleicht die Reichthügligkeit der Aktionäre stützen konnte, auf das Geschehene an, und, obgleich er alles vermeidet, was die Debatte zu einer lebensschädlichen gehalten konnte, machen seine sorgfältigen Angaben doch jurei Einbruch.

Albary hat seine lebenswürdige Nachlässigkeit verloren, Colomb giebt lebhaft Zeichen seiner Zustimmung. Unglückslicherweise geräth der Rechtsanwalt jetzt aber ins Stoden und verliert sich in einem wahren Zählensgerede. Die Zahlen, die er anführt, schaden sich durch ihre Unklarheit. Die Juristen vermögen nicht mehr zu folgen, langweiligen sich und hören nur noch mit halbem Ohre zu. Der Redner steht, wie der Präsident wieder die Kante in seine Arme steckt, er hört hinter sich halbtautes Gespläuer.

Er beendet seine Rede in dem Begrüßung eine Niederlage erlitten zu haben, und als er in seinem Schlusswort für seine Klienten eine materielle Entschädigung verlangt, sieht seinen Ausführungen jenes warme und leuchtende Etwas, das überzeugend auf die Geister wirkt.

Nun erhebt sich der Staatsanwalt Martin.

Außer der chinesischen Frage wurde auch die deutsche Politik in Bezug auf Kreta gestreift. Hier hob Bebel die natürliche Zusammengehörigkeit von Kreta und Griechenland hervor und übte ernste Kritik an der Haltung Deutschlands, das im Dienst der Türkei das Selbstbestimmungsrecht des kretischen Volkes nicht berücksichtigt hat. Eine klare Antwort blieb hierüber aus, aber die Regierung wird darüber im Plenum noch näher Rede und Antwort stehen müssen. Eugen Richter hatte einige bißige Fragen für den Staatssekretär v. Bülow. Einmal erkundigte er sich nach den Reiseplänen des Kaisers, die für dieses oder das nächste Jahr nach Jerusalem gerichtet sind. Der Staatssekretär gab die diplomatische Antwort, daß ihm von solchen Reiseplänen nichts bekannt sei. Die zweite Frage galt dem Seefahrer Heinrich. Richter wollte wissen, welchen Kaisern und Königen im fernem Osten er die gepanzerte Faust zum höllischen Gruß reichen würde. Auch darüber mußte der Staatssekretär noch nichts. Die dritte Frage bezog sich auf die Kretel Reden. Hier erwiderte Herr v. Bülow, daß der Reichskanzler den sachlichen Inhalt der Reden verantworten werde. Eugen Richter hatte aber gefragt, ob die Regierung die Form dieser Rede verantworten wolle, und gerade die Form war es ja, die solches Aussehen erregt hat. Im Plenum werden unsere Anwesenden dazu auch noch ein Wortchen reden.

Daß bei Verhandlungen auswärtiger Angelegenheiten auch die Affäre Dreufus besprochen wurde, ist nur natürlich. Von der Regierung wurde offiziell noch einmal gesagt, was sie schon offiziell hat verbreiten lassen, daß sie mit Dreufus niemals in Verbindung gestanden hat.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Reichstag war gestern fleißig. Er erledigte zunächst einen agrarischen Antrag auf Bekämpfung des Zuckerertragsmittels Saccharin durch Ueberweisung an eine vorgelegte Reichskommission. Große Aussicht auf Annahme hat der agrarische Antrag nicht, weil eher wird eine Verkehrbeschränkung des Saccharins als Heilmittel eingeführt werden, für die auch einer gewissen Wurm in einer witzigen Rede eintrat. Ganz richtig schlug er als heiles Mittel die Verwendung des Zuckerertragsmittels zu befehlen, die Abschaffung der Verbrauchsabgabe für Zucker, also eine Zuckerverbüßung vor. Während im ersten Teil seiner sachmännlichen Rede auf der rechten Seite des Hauses wiederholt Beifall erscholl, wurden die Gesichter der Junter immer

Er verließ in fests gefasster, aber unruhiger Form, die ganz mit seinem militärischen Aeußern in Uebereinstimmung steht, ein neues Resümee der Thatsachen, ruhig, trocken und gleichfalls mit Zahlen gepickt. Wer würde die Objektivität der in jeder Beziehung korrekten Ausführungen, die mit wahrhaft wissenschaftlicher Unparteilichkeit gemacht zu sein scheinen, anzuweisen wagen?

Indessen bemerkten die Aktionäre, daß der Staatsanwalt auffallend schnell über die Entscheidungsgeschichte der Gesellschaft und über die als Substitutions fungirenden Strohmänner hinweggelte, daß er mit einer für sie betrübenden Leichtigkeit den Herrn Baron von Türckheim, Bernaud und in seinen Administratoren als unschuldig hinstellen sucht, daß er erklärt, ihre bürgerliche Verantwortung könne hier allein in Betracht kommen, daß er die Hauptschuld einen Toten, Bressiere, aufbürdet, der aus guten Gründen die andern nicht mehr anfangen kann, daß er um eine gelinde Strafe für Albary bittet, der beschuldigt sei, ihm anvertraute Gelder der Gesellschaft verchwenden und sich betrügerischer Handlungen schuldig gemacht zu haben, indem er zum Edehn Dividenden vertheilte.

Das Gesicht des alten Beamten wurde zusehends finsterner und unruhig rüht er auf seiner Bank hin und her. Jeden Augenblick flüstert er Andre etwas ins Ohr, oder er wendet sich an seinen Anwalt mit fragenden oder wüthenden Blicken, die deutlich sagen: „Nun, was sagen Sie dazu? Wollen Sie uns hier so ruhig abschlagen lassen?“ Albary scheint dem gegenüber ebenso ruhig wie sein Gegner aufgetret.

unfreundlicher, je heber Wurm unsere Zuckersteuerpolitik kritisierte. — Den zweiten Teil der Sitzung füllte die Debatte über den sozialdemokratischen Initiativantrag auf Einführung eines freiheitlichen Reichs-Berichts- und Besammlungsgefeges aus. Der Antrag ist ein alter Bekannter, er ist schon in früheren Jahren eingebracht und eingehend diskutiert worden. Wir fürchten nur mit all zu gutem Grund, daß er auch noch in künftigen Jahren auf der Tagesordnung stehen wird, denn die Reaktion denkt gar nicht daran, auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu gehen. Unser Oberrichter Seyer begründete den Antrag. Er hielt sich an seiner Heimatliche Sachjen und dies diplomatische Antwort, daß ihm von solchen Reiseplänen nichts bekannt sei. Die zweite Frage galt dem Seefahrer Heinrich. Richter wollte wissen, welchen Kaisern und Königen im fernem Osten er die gepanzerte Faust zum höllischen Gruß reichen würde. Auch darüber mußte der Staatssekretär noch nichts. Die dritte Frage bezog sich auf die Kretel Reden. Hier erwiderte Herr v. Bülow, daß der Reichskanzler den sachlichen Inhalt der Reden verantworten werde. Eugen Richter hatte aber gefragt, ob die Regierung die Form dieser Rede verantworten wolle, und gerade die Form war es ja, die solches Aussehen erregt hat. Im Plenum werden unsere Anwesenden dazu auch noch ein Wortchen reden.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm das Gesetz über die Aufhebung der Beamtenfunktionen in dritter Lesung ohne erhebliche Debatte an. Es folgte ein Initiativantrag des Zentrums: das Kommunalwahlrecht in der Weste abzuändern, daß die von den Wahlberechtigten aufzubehaltene Gesamtsumme in Zwölftheil, statt wie bisher in Drittel, getheilt und die Eintheilung der Wählerklassen in der Art vorgenommen werde, daß auf die erste Klasse fünf Zwölftheil, auf die zweite vier Zwölftheil, auf die dritte drei Zwölftheil der Steuerumme entfielen. Die erste Klasse soll mindestens zehn Prozent der Gesamtzahl der Wähler enthalten. Durch diesen Vorschlag soll die plutokratische Vertheilung des Wahlrechts, die die letzte Steuerreform hervorgerufen, wieder beseitigt und der Zustand vor der Reform wiederhergestellt werden. Der Zentrumsabgeordnete Fruch begründete seinen Antrag mit dem Hinweis auf die von der Regierung im Jahre 1892 beschlossene Reform, die auf ähnlichen Gedanken beruht habe. Der Minister des Innern, Freiberger v. d. Rede, fand den Antrag aber zu

Das Verbot beginnt. Albary, der seine Namen und Titel angegeben hat, antwortet mit seiner Stimme. Er behauptet das Geschehene und behauptet, in gutem Glauben gehandelt zu haben. Er habe selbst viel Geld dabei verloren, sagt er. Er sei ebenso gut wie jeder andere ein Opfer des Strafs gewesen. Bis zum letzten Moment habe er nichts davon gewußt, daß die Grube erschöpft war. Er habe da in aller Sicherheit geglaubt, den Aktionären Dividenden auszahlen zu können, die, wie er zugeben mußte, außerordentlich hoch, jedoch durch die Gewinne der vorhergehenden Jahre vollkommen gerechtfertigt waren.

„Aber“, fragte der Präsident, „wie konnten Sie drei Monate vor der Katastrophe noch nicht wissen, daß die Grube nahezu erschöpft war?“

Albary vertheidigt sich hinter mangelhafte Gutachten der Sachverständigen und übertriebene Berichte, die ihm von den Ingenieuren aus Südamerika zugegangen seien. Er stützt eintheilung Artikel, die zur Zeit, als die Gesellschaft begründet wurde, in den Zeitungen erschienen und die ihm wie alle Welt geträumt hätten. Er erinnert daran, daß er nur drei Monate lang Direktor gewesen sei und giebt sich in seinen Schlussausführungen der Hoffnung hin, daß die Rechtschaffenheit, mit der er, ohne es zu wissen, eine gefährliche Stellung angenommen habe, von den ihnen andern ehrenwerthen Gelehrten, die mit ihm an der Spitze der Administration gewesen, anerkannt werden würde.

(Fortsetzung folgt)

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard. Autorisierte Uebersetzung von Marie Runert.

(Schluß des vorherigen.)

Noch ein Urteil, das letzte! Ein Lumpensammler hatte etwas Kott gelebt. Man hatte ihn verhaftet, weil seine Ausgaben Verdacht erregt hatten. Er hat gefassten, daß er in einem Rechtschaffen ein Portfeuille mit 20000 Francs gefunden. Er hat dem Kommissar die 1600 Francs, die noch übrig waren, übergeben. Man hat dann nach dem Eigentümer gesucht, ihn aber nicht auffinden können. Thut nichts! Der Lumpensammler erhält dreizehn Monate Gefängnis!

Der alte Beamte hat recht. Das Gericht geht mit allem, was wie Diebstahl ausieht, besonders streng um.

Endlich ruft der Gerichtsdiener auf: „Die Sache der Wespengatsellschaft.“

Eine Bewegung macht sich im Zuhörerraum bemerkbar. Andre und Colomb, die Vertreter der Aktionäre, setzen sich zur Linken des Gerichtshofes auf ihre Plätze, hinter ihnen nimmt Herrier, ihr Anwalt, Platz. Auf der andern Seite erblickt man auf der Anklagebank einen sehr eleganten Herrn mit ruhiger Miene, ruhigem, frischstem Gesicht, einem runden Büchelchen, weißen Händen, die nachlässig mit einem Schildkrotorgano spielen: das ist Herr Albary, der letzte Direktor der Gesellschaft. Hinter ihm steht sein Rechtsbeistand Herr, Mitglied des Ordnungsrathes, seine kleine, nerzige Gestalt in die Höhe und hält sich in seine Zoga mit der Ge-

weitgehend und doch nicht erschöpfend genug. Die Regierung bringe aber die Frage ein reiches Material, das es ermöglichte, demnachst mit einer Vorlage an den Reichstag zu treten, die einer dauernden Reform in sich schließt. Er ersuchte, den Antrag nicht anzunehmen, sondern nur der Regierung als Material zu überweisen. Der nationalliberale Abgeordnete v. Eyrenen wandte sich gleichfalls gegen den Antrag, mit dem das Zentrum offenbar nur eine Wahlparole für die Landtagswahlen beabsichtigt, die Ultramontanen hätten bei den nächsten Wahlen in Köln schlechte Geschäfte gemacht und kämen deshalb mit ihren Vorschlägen, die darauf hinausläufen, die ganze Rheinegend wieder zur Pfaffenraffe des deutschen Reichs zu machen. Damit war wieder das Signal zu einer der üblichen Kulturankerknaben gegeben, die den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses den Stempel des besten parlamentarischen Tratsches aufdrücken.

Ueber den Zeitpunkt der nächsten Wahlen herrschen bios Vermutungen. Der „Vorwärts“ erfährt von einer Seite, die es wissen kann, daß die Wählerlisten für die Reichstagswahl bis Ende Mai zur Auslegung bereit gestellt sein sollen, sobald die Wahlen im Juli stattfinden könnten. Die preussischen Landtags-Wahlen dürften nach der gleichen Quelle im Oktober stattfinden.

Die Rentenbegüterung ist für die Kommerzrenten und solche, die Aussicht haben, es bald zu werden, ein einträgliches Geschäft. Mit der geistlichen Aussicht auf die winkenden Profite schreibt die „Pamb. Börsenhalle“: „Die Rentenfrage hat für die deutsche Eisenindustrie eine großartige praktische Bedeutung. Die neuen Schiffe werden selbstverständlich auf deutschen Werften gebaut, und unsere Eisenerze liefern dazu die Panzerplatten, Anker, Ketten u. Der Nutzen, welchen die Eisenindustrie aus der Rentenverfäufung ziehen kann, läßt sich sichermäßig auf 12—14 Millionen Mark von dem jährlichen Verbrauche von 25 Millionen Mark für Schiffsausrüstungen berechnen. Dieser Verdienst würde 7 Jahre lang währen. Aber nicht die deutsche Eisenindustrie allein wird von der Vermehrung der Marine profitieren, es werden alle Industrien beteiligt sein, welche irgend Schiffsausrüstungen liefern. Zu wünschen ist es so sehr, daß das Geld im Lande bleibt, und so ist es mit Freude zu begrüßen, daß in Bezug auf die Förderung der Verwendung deutschen Eisens bei den deutschen Schiffbau eine Einigung zwischen Industriellen, Werften und Eisenbahnen dahin erzielt wird, daß von jeder Seite Opfer gebracht werden und die Eisenbahnverwaltung sich bereit erklärt hat, durch Ermäßigung der betreffenden Tarife den heimischen Schiffbau zu fördern.“ So steht es. Die Vollmachten bringen die Steuermillionen auf und die Eisenindustriellen x. steden die Profite ein. Kein Wunder, daß diese sich für die Welpolitik begeistern. Aber für das Steuerzahler hat sich noch Niemand begeistert. Man mußte deshalb auch nicht den Arbeitern zu, für die Rentenpolitik zu schmären!

Ueber die Organisation der Arbeitgeber und die Streitverhütung sprach in voriger Woche in Stettin der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Dr. Wenlandt. Er legte in großen Zügen das Programm und die Tätigkeit des Bundes dar und ging auf die „Industrielle“, Versicherungs-Aktiengesellschaft gegen Verluste durch Arbeitseinstellungen, welche den rechten Boden darstellte, auf dem sich eine umfassende Arbeitgeber-Organisation aufbauen könne, des Näheren ein. Nachfolgende Resolution wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen: „Die heute im Stettiner Vorkonferenzen versammelten Industriellen und Kaufleute aus Stettin und Umgebung erkennen die Notwendigkeit einer festen Organisation der Arbeitgeber als Gegengewicht gegen die aufsteigenden Tendenzen der organisierten Arbeiter sowohl als auch zur Sicherung der willigen Arbeiter selbst in vollem Umfang an, sprechen dem Bund der Industriellen“ für sein Vorgehen in diesem Sinne sowie für seinen erfolgreichen Eintritt in der Kanalstraße Berlin-Stettin ihren Dank aus und beschließen zum Zweck der dauernden Verfolgung derselben Ziele die Gründung eines „Verkehrsvereins des Bundes der Industriellen“ für Stettin und Umgebung.“ Diese Resolution hat den Vortag der Klapp und klar wird zum Programm genommen der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen und deren Forderungen, die natürlich immer „unberechtigt“ sind. Es fehlt nur noch, daß in dem Satze „zur Sicherung der willigen Arbeiter“ erläuternd hinzugefügt wird, „durch Entgelt-Ankauf von Streikbrechervollzählern und Gratsabgabe derselben an Arbeitswillige.“

Gegen die Ziviliste werden sich wieder die preussischen Erzbischofe, so die von Vosen und Breslau. Aus den langen Ausführungen hebt man bios die folgenden Sätze hervor: „Demnach kann die sogenannte „Ziviliste“ die in Gegenwart des Zivilstandsbeamten geschlossen ist, vor Gott und der Kirche nicht als „Ehesakrament“ gelten, und der Katholik, der sich mit der Ziviliste begibt, macht sich einer schweren Sünde schuldig und kann zu den hl. Sakramenten der Buße und des Altars nicht zugelassen werden. Eine gültig geschlossene Ehe kann nicht gelöst werden und deshalb ist es keinem Ehegatten, so

lange der andere Etheil lebt, erlaubt, eine neue Ehe einzugehen, selbst wenn er auf die Etheilung lautendes Urtheil des weltlichen Gerichts erlangt haben sollte; wer aber dennoch unter Verletzung des göttlichen und kirchlichen Gesetzes dies thäte, würde in eine vor Gott und der Kirche ungültige Verbindung treten und sich den Ausschluss von den heiligen Sakramenten zuziehen.

„Zweifel sie davon nichts versehen“ sollen sich die Geistlichen von der Politik fernhalten, d. h. selbstverständlich von der der Regierung unbequemen Politik. Dies gilt nicht nur für Preußen, sondern auch für das Großherzogthum Weimar. In einer öffentlichen von den National-Sozialen einberufenen Wählerversammlung in Weimariens theilte Herr v. Gerlach mit, daß schon jetzt die weimariische Kirchenbehörde in den Wahlkampf eingreife. Sie hat an die Superintendenten ein Schreiben gerichtet, in dem die Geistlichen davor gewarnet werden, sich an die Agitation für die National-Sozialen zu beteiligen, von Parter Raumann wird darin gesagt, daß er zu Staat und Kirche eine zweifelhafte Stellung einnehme. Der Erzbischof, der natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, ist den National-Sozialen von ungehörig „zugelassen“. Der Flottenführer Raumann hat diese Äußerung aber doch nicht als Verleumdung betrachtet.

Der, die Angst ist groß! Das Eintreten dreier Landräthe im Kreise Hildesheim für den Bund der Landwirthe wird die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses beim Etat des Ministeriums des Innern zur Sprache bringen. — Würde sie es auch thun, wenn die fraglichen Landräthe im Interesse der nationalliberalen Partei thätig wären?

Der Gewerbebetrieb im Umherziehen wird zur Zeit in Ostpreußen von den — Gensdarmen ausgeübt; ob sie den Wandergewerbetreibenden besitzen und Schriftensverzeichnisse einreichen, steht noch sehr in Frage. Wie die „Berl. Ztg.“ mittheilt, geht im Kreise Solbap der Gensdarm von einem Bauern zum anderen, um Unterschriften auf das Werk von Prof. Oden: „Unser Heidenalter“, zu sammeln; man unterschreibt allerdings, doch mit spärlichem Vergen. Die Meisten leisten die Unterschrift nur unter einem gewissen Druck. Man beschuldigt ihn Unannehmlichkeiten von den Gensdarmen; aber keine Unterschrift geleistet hat, bei dem findet man, so denken die Leute, ganz sicher bei einer Revision etwas nicht in Ordnung. Allerdings, wenn auf Palibomst's Veranlassung der Direktor des Reichsversicherungsamts Nekame für äußerst wohlthätige Kolportageliteratur macht, warum sollten dann nicht die Gensdarmen Kolportäre werden?

Brüssel, 25. Jan. Der sozialistische Deputirte Demblon, welcher in der letzten Sitzung der Abgeordnetenkammer ausgeschlossen wurde, betrat, von einer Gruppe von Sozialisten umgeben, Nachmittags 2 Uhr die große Vorhalle des Parlamentesgebäudes. Eine Abtheilung Soldaten bewachte den Eingang. Der kommandirende Offizier trat auf die Gruppe zu und verbot Demblon auf Befehl des Kammerpräsidenten, den Sitzungssaal zu betreten. Demblon sagte sich dem Befehl, indem er rief: „Es lebe die Arme!“ „Es lebe die Republik!“ Mehrere sozialistische Deputirte erhoben indessen Einspruch dagegen. Die Menschenmenge, welche sich inszwischen vor der Kammer angeammelt hatte, drängte vorwärts und es entstand ein furchtbares Handgemenge. Die Soldaten machten sich zum Eingreifen bereit. Jüngliche Sozialisten und Antisozialisten wurden Schläge und Riße ausgetauscht und es kam zu unbeschreiblichen Szenen. Eine in der Nähe auf Posten befindliche Abtheilung Karabiniers und eine Brigade Posten-Agenten eilten herbei, um mit bewaffneter Hand einzuschreiten. Schließlich wurde die Ruhe wieder hergestellt; eine Person wurde verhaftet. — Die darauf folgende Sitzung der Deputirtenkammer war sehr erregt. Der Minister für öffentliche Arbeiten de Bruon gab Erklärungen aus über die vorläufige Untersuchung des Unglücksfalles, der sich vor Kurzem in einer Kohlengrube in Wasmes ereignet hat und rief dadurch große Erregung bei den Sozialisten hervor. Der Minister erklärte, die Untersuchung werde vollkommen unparteiisch geführt werden. Der Sozialist Defuisseaux spricht über die Vorfälle, welche sich bei Eröffnung der Sitzung zugetragen haben; er sagt, die Deputirten seien von den Truppen vergewaltigt worden und fordert, daß eine Untersuchung ange stellt werde, um festzustellen, von wem die Truppen ihre Befehle erhalten hätte. Es bricht ein unbeschreiblicher Tumult aus. Mehrere sozialistische Deputirten werden Ordnungsbüchse ertheilt. Defuisseaux greift den Präsidenten lebhaft an, wobei von Neuem Tumult losbricht. Der Deputirte Boeste vertheilt das Verbalten des Präsidenten.

Frankreich. Paris, 25. Jan. Das Neueste vom militärischen Panama ist, daß Jola und der Direktor der Kurve vom Staatsanwalt eine Liste der von ihnen zur Erbringung des Wehrbeweises vorgeschlagenen Personen überreicht hat. Die Zahl derselben beträgt 104. Es befinden sich darunter Gasimir Perier, die früheren Minister Dupuy, Guerin, Develle, Ribot und Darlan, die in der Angelegenheit bekannten Offiziere, Frau Drejus und Frau Boulouca

sowie zahlreiche Sachverständige, Gelehrte und Schriftsteller, ferner Mitglieder der russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und englischen Reichstage. Einzelne Blätter haben die außerordentliche Bedeutung hervor, welche der Eröffnung des Staatsstreiks v. Bülow in der Dreijährs-Sache gerade im gegenwärtigen Augenblick beizumessen sei.

In der Kammer wurde heute das Militärbudget beraten. Der Kriegsminister Bülow sprach sich gegen die zweijährige und für die dreijährige Dienstzeit aus. Diefelbe sei für die Veranbarung von Interoffizieren notwendig. Trotz des Widerspruchs des Kriegsministers nahm die Kammer mit knapper Mehrheit den Antrag Verdy's, eine Erinnerungsbillette an den Krieg von 1870/71 zu stiften, an. Im weiteren Verlauf der Sitzung beantragte der Deputirte Treuenfels, daß dem Generalstabschef die größte Unabhängigkeit zugebilligt werde. Der Kriegsminister erwiderte, was soll dann aus unserer gegenwärtigen Regierung, dem Präsidenten der Republik und den Kammeren werden? Diefen Weg betreten, heißt eine Diktatur vorbereiten wollen.

In Ägyp wiederholten sich gestern die Erzfälle vom Sonntag. Die Truppen stellten die Ordnung wieder her. Es wurden an 300 Personen verhaftet.

Deutscher Reichstag.

25. Sitzung vom 25. Januar. Anwesend: Reichstag. Die zweite Sitzungstagung wird beim Reichstag des Innern, Zitat 9 der Reichsformalartikel: Vorkonferenz am 25. Januar.

Ag. Dr. Gerth (Ztg.): Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Aufhebung der Steuerpächtervermittlung wird, wie es ausfallen wird, ein für die künftige Entwicklung nicht unbedeutend sein. Die Entscheidung wird in den Reichstag zurückgehen. Die Zensur der kapitalistischen Konzentration im Bankwesen ist durch das Vorkonferenz außerordentlich zurückzuführen. Gerade die weniger kapitalistischen Verhältnisse auflebenden Elemente der Kapitalmarkt wurden dadurch entstehen, ob sie sich in den Reichstag zurückgehen. Die Zensur der kapitalistischen Konzentration im Bankwesen ist durch das Vorkonferenz außerordentlich zurückzuführen. Gerade die weniger kapitalistischen Verhältnisse auflebenden Elemente der Kapitalmarkt wurden dadurch entstehen, ob sie sich in den Reichstag zurückgehen.

Ag. Dr. Zahn (Ztg.): Ich gebe zu, daß einige weniger kapitalistische Elemente durch das Gesetz schwer zurückzuführen sind, aber das kommt nicht in Betracht gegen über den Vorteilen, die die Landwirthschaft daraus gewonnen hat. Vor allem ist die Landwirthschaft jetzt unabhängig geworden und die Verhältnisse ist ruhiger und gesünder. Ich möchte nicht wissen, daß die Lösung der jenseitigen Lage der Landwirthschaft möglich angeht werden. An der gegenwärtigen Verhältnisse, die wir wünschen, haben alle Klassen der Bevölkerung ein gleichmäßiges Interesse. Der handelsminister soll sich endlich wieder entscheiden, ob die Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Ag. Dr. v. Sals (Ztg.): Die Herren von der Rechten vertreten nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern ihr spezielles Klientelinteresse. Was der Reichstag von der Deputation der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist. Der Reichsanwalt als Markt oder als Markt anzufassen ist.

Oldenburgischer Landtag.

Dem am 18. Januar versammeltem Landtag liegen 25 Vorlagen zur Bescheidung und Erledigung vor. Die erste Vorlage betrifft die Abänderung über die Einnahmen und Ausgaben des Oldenburgischen Staats für die Finanzperiode 1894/96. Danach betragen die Einnahmen 5.065.985,25 Mk., die Ausgaben 7.165.614 Mk., Kostenbeitrag 1.099.628,75 Mk.

Die zweite Vorlage betrifft die Reform der Organisation des Oldenburgischen Staats. In dieser Reform verlangt die Regierung vom Landtag die Bewilligung der Gelder für einen vorläufigen leistungsfähigen Rath im Ministerium in Höhe von 400.000 Mk. und einer Ministerialsekretär in Höhe von 1400—3500 Mk.

Die folgenden Vorlagen betreffen die Fortsetzung von 4950 Mk. für Erweiterung der Geleiselanlagen auf der Insel Saterburg, 9400 Mk. für den Bau von zwei Familienwohnungen für Dienstboten für Saterburg, 5000 Mk. zur Verwirklichung einer Dienstwohnung für den Kreisverwalter zu Saterburg. Ferner beantragt die Regierung das Uebernahme des Landtags mit der Genehmigung des Kreisverwalters Zerstung zum Landtags-Registrator mit einer jährlichen Vergütung von 600 Mk.

Eine weitere Vorlage betrifft die Darlegung über die Einnahmen und Ausgaben der Oldenburgischen Staats für die Finanzperiode 1894/96. Die nachfolgende Bescheidung der Landtagsmitglieder über die nachträgliche Genehmigung der Staatsbudgetkontrollen. Nach der Darlegung haben an den Oldenburgischen Staats für die Finanzperiode 1894/96 1.557.292,19 Mk. Betriebsüberschüsse abgeliefert werden können und zwar 1.297.952,19 Mk. mehr als veranschlagt worden war.

Die nächste Vorlage betrifft eine kleine Fortsetzung für eine Oldenburgische Eisenbahn. Dieser Vorlage folgt der Antrag der Regierung um Rückzahlung von 142.000 Mk., vertheilt auf die Staatsjahre 1898/99, für den Bau des Kariengammals zu Saterburg. Einmal und zweimal haben darum petitionirt, den bereits beschlossenen Bau wieder aufzusuchen, auf daß das Gebäude am 400jährigen Geburtstag der Kaiserin Maria von Saterburg eingeweiht werden kann. Weiter verlangt die Regierung die Bewilligung von 6000 Mk. an Gehalt für einen speziellen Hilfsarbeiter in der Oldenburgischen Eisenbahn für die Staatsjahre 1898/99. Für die Bahnstrecke Delmenhorst-Quaden verlangt die Regierung die Bewilligung von 2500 Mk.

Ferner verlangt die Regierung in einer Vorlage zur Unterstützung des Landesvolksvereins-Kommissionen und Domänen-Verwaltung Oberverwaltungs-Rath eines Gehaltens, und für den Gehalt bis zu 3000 Mk. Diese Stelle soll nur eine vorübergehende sein, jedoch möchte die Regierung, daß dem Eintritt einer Beförderung in der Stelle des Landesvolksvereins-Kommissionen und Domänen-Verwaltung ein Gehaltens bis zu einem Gehaltens von 3500—5700 Mk. als Staatsbeamter angelehrt werde.

Weiter verlangt die Regierung für die Oldenburgische Eisenbahn-Darlehens 650 Mk. für einige kleine notwendige Verbesserungen. Für die Saterburg-Darlehens in Saterburg verlangt die Regierung jährlich 17.584,71 Mk. für die Rückzahlung bei der Verwirklichung der Darlehensanleihe, dann aber noch 60.000 Mk. für Ergänzungen und Verbesserungen der Anlage, unter der Bedingung, daß die Saterburg-Eisenbahn „Korridor“ die künftiglich ausgearbeiteten Bahnen mit einem Gehaltens von 3500—5700 Mk. als Staatsbeamter angelehrt werde.

Die Kommissionen über Aussprüche sind thätig an der Arbeit. Der Finanz- und der Oldenburgischen Eisenbahn über eine ganze Reihe von Vorlagen berathen und beschließen und sich die Berichte dem Reichstag. Die Erledigung der Vorlagen im Plenum wird bald beginnen können.

Parteinarrichten.

Die lässliche Sozialdemokratie hielt am 23. und 24. Januar in Leipzig-Convent die Landesversammlung ab. Von Parteivorstand waren Auert und Gerlich anwesend. Von der Verhandlung über die Reichstagswahl ist bemerkenswerth, daß Doppelmandaturnen vollständig vermieden sind und daß für den Leipziger Stadtkreis dieses Mal der Genosse Dr. Konrad Schmidt zu Charlottenburg aufgestellt worden ist. Aus der Verhandlung über die Presse geht hervor, daß Sachsen 7 Parteiblätter besitzt, die zusammen 57.800 Abonnenten haben, davon die „Leipz. Volksztg.“ 22.500 und die „Sächs. Arbeiterztg.“ 12.000. Verhängt wurden über diese Blätter im vergangenen Jahre 3668 Mark Geld und 43 1/2 Monaten Gefängnisstrafe. Der Sitz des Reichstages blieb Dresden.

Aus Stadt und Land.

Am 27. Januar. Kranz und obdanks wurde in voriger Nacht gegen 11 Uhr am Bahnhöf der Reichstagsliegend ein arbeitsloser Klempner aufgelesen und nach dem Armenarbeitshaus gebracht.

Wiel wir es nicht für nötig gehalten haben, die Behauptung des „Vareler Gemeinheits“, Herr Carl Duden hier habe über den Betrieb des Verlegers des „Gemeinheits“ in der Volksversammlung, die am vorigen Sonntag bei Damsch in Rarel stattgefunden, Unwahrheiten ausgezogen, widerlegen, sendt uns der Verleger des „Gem.“ eine Vertheilung mit dem telegraphischen Verlangen, dieselbe unerschrocken aufzunehmen. Nach der mündlichen Erklärung des Herrn Duden und

Heute, Donnerstag Abend: Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung in der Arche.

Geschäfts-Öffnung.

Zeige hiermit ergebenst an, daß ich das seit 24 Jahren von Herrn Kaufmann **Johann Peper**, Roonstraße 16, geführte **Herren-Garderobe-Maassgeschäft** übernommen habe und dasselbe als

Herren-Garderobe-Maassgeschäft

für Civil und Militär, verbunden mit

Tuch-Handlung

unter der Firma **Reinhard Buchhold** eröffnet habe.

Durch mehrjährige erfolgreiche Thätigkeit als **Zuschneider** in seinen **Maassgeschäften** glaube ich ein in jeder Hinsicht gefälliges Garderobestück fertigen zu können.

Mein Lager in **nur allerfeinsten Stoffen** wird stets auf das Reichhaltigste sortirt sein.

Mässige Preise!

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne

Hochachtend

Reinhard Buchhold,

Wilhelmshaven, Roonstrasse 16.

1898

werden, wie in den vergangenen Jahren,

Wulf & Francksen's fertige Betten

durch ihre Güte und Preiswürdigkeit stets die **Besten** sein.

34 Börsestraße 34.

Megen Umbau meines Ladens

Gänzlicher Ausverkauf.

Mein großes Schuh- und Stiefel-Lager in bester Waare (selbstgemachte und aus besten Fabriken bezogene) soll bis zum 1. April unter Einkaufspreis geräumt werden.

H. Duden, Schuhmacher.

NB. Auch bin ich nicht abgeneigt, ev. mein Haus nebst Anbau, Werkflanz und Garten zu verkaufen. D. D.

Schwarze
Kleiderstoffe

Pr. 60, 75, 90 Pf.,
1, 1 1/2, 2 bis 4 Mf., eingetroffen bei

H. Hespen
Neuende.

(Gesucht)

ein Mädchen von 18 bis 20 Jahren für den ganzen Tag.
Dunker, Bant, Oldemb. Straße 17.

Sprechstunde.

Ich halte jeden Sonntag Vormittag von 8 bis 12 Uhr im Hotel „Bauer Hof“ in Bant Sprechstunden ab.

Rechtsanwalt **Carstens**,
Oldenburg.

Ein neues Fahrrad

mit gelben Reifen, welches noch verpackt liegt, umhände halber zu verkaufen für 125 Mf.

Ein **Frau**, Moorstraße 4,
am Markt.

Waarenhaus
B. S. Bührmann.

Räumungs-Ausverkauf!

Damen-Konfektion
soweit der Vorrath reicht, für jeden
annehmbaren Preis.

800 Stück Herren-Anzüge

von 12 bis 33 Mark
bis 15 Mark unter wirklichem Werth.

**Wer am Herren-Anzug ca. 10 Mark
sparen will, besichtige ohne Kauf-
zwang meine Läger!**

1200 Stück Kravatten

früher 50—150 Pf., jetzt Stück 25 Pf.

Rüstersiel.

Sonntag den 30. Januar

Nachmittags 4 Uhr

Def. Gemeindebürger- Versammlung

im Lokale d. Gastwirths Schröder
zu Rüstersiel.

Tagesordnung:

1. Gründung eines Bürgervereins für Rüstersiel und Umgegend.
2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch der Einwohner von Neuende bezw. von Rüstersiel und Umgegend bittet ergebenst

Der Einberufer.

Gemeins. Ortskrankenkasse der vereinigten Gewerke.

Hebung der Beiträge:

Montag den 29. Januar Vormittags von 8—10 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr; in Bant: Mittwoch den 2. Februar Vormitt. von 10—12 Uhr.

Uhren
Reinigen 1,50 Mf.
neue Feder 1,50 Mf.
Uhrglas 30 Pf.
J. Schöneboom,
Ulmstr. 2, Wilh. Str. 11.